zeugt sein. Aber ohne internationale Beteiligung würde sich der Plan kaum verwirklichen lassen. Es gelte, wertbeständige Zahlungsmittel zu beschaffen.

Auf die Lohnfrage ging der Redner nicht näher ein. Er wies nur darauf hin, daß eine wichtige Frage sei, mit welcher Intensität sich die Arbeitsgemeinschaft der Sache annehmen werde. Die Solidarität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei Voraussetzung dafür, daß der Zusammenbruch vermieden werde. Die Akkordarbeiter verrichteten teilweise schon wieder Friedensarbeit, sogar darüber hinaus. Die Zeitarbeiter brächten es bei ihren Leistungen vielfach nur auf 50 Prozent der Friedensleistung. Ein hohes Lebensniveau der Arbeiterschaft könne nur durch Qualitätsleistungen erreicht werden. Die unproduktiven Arbeitnehmer müßten beseitigt werden, denn uneingeschränkte Vermehrung der Arbeiterschaft bedeute Erschwerung der Ausfuhr durch zu große finanzielle Belastung. Die Prosperität des einzelnen Betriebes müsse wieder erstehen. Was die Kohlenpreise betriffe, so dürfen sie nicht über Weltmarktparität stehen.

Der Minister kam dann nochmals auf die Ausfuhrfrage zu sprechen und streifte dabei die Leipziger Messe. Diese Veranstaltung sei die schlechteste Messe gewesen, die man bisher gehabt habe. Die tschechischen Waren seien billiger gewesen als die deutschen. In der Frage der Außenhandelskontrolle sei er es selbst seinerzeit gewesen, der sie gefordert habe. Aber heute müsse er daran denken, daß sie in weitgehendem Umfange abgebaut werde.

Vorschläge zur Gesundung der deutschen Wirtschaft.

Wie die Blätter hören, beabsichtigt der Reichsverband der deutschen Industrie, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Rede des Reichswirtschaftsministers, ein Programm auszuarbeiten, das positive Vorschläge zur Gesundung der deutschen Wirtschaft machen wird. Das Programm wird die Schaffung einer neuen Währung vorschlagen, und zwar unter ausländischer Mitwirkung. Hierbei soll versucht werden, ganz neue Wege einzuschlagen. Ferner wird die Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge behandelt werden.

Abbau der Kohlensteuer.

Berlin, 31. August. Der Steuerausschuß des Reichskohlenrates nahm in seiner Sitzung vom 31. 8. zur Frage der Abbaues der Kohlensteuer Stellung. Er sprach sich gegen eine Stimme für eine alsbaldige Aufhebung der Steuer aus. Bei den Verhandlungen des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates am gleichen Tage über Kohlenpreispolitik und Einführung der Goldrechnung in der Kohlenwirtschaft ergriff auch der Reichswirtschaftsminister das Wort. Er empfahl dringend, zur Goldrechnung in dem Augenblick überzugehen, wo der Goldgroverkehr ermöglicht sei, und führte aus, daß jetzt und später unter allen Umständen die Ueberschreitung der Weltmarktparität im Interesse der gesamten deutschen Wirtschaft und damit auch des Kohlenbergbaues selbstverständlich verhindert werden müßte. Er würde daher gegen Preiserhöhungen sein Veto einlegen, die die Vorkriegsparität wie den Weltmarktpreis überschreiten. An den Steuerabbau könne erst im Notfall und nur dann herangetreten werden, wenn die Aufrechterhaltung der Betriebe in den einzelnen Revieren gefährdet würde. — Bei den darauf folgenden Preisverhandlungen behielt sich der Reichswirtschaftsminister seine Entscheidung über die von den Syndikaten vorgebrachten Preisanträge vor.

Die Großhandelsindexziffer vom 28. August 1923.

Unter dem Einfluß der Kohlenpreiserhöhung hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Zeit vom 21. bis 28. August um 34 v. H. auf das 1695109fache des Friedensstandes gehoben. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs in Berlin von 5,5 Millionen auf 6,4 Millionen Mark oder um 16,4 v. H., so daß das Goldniveau der Großhandelsindexziffer eine weitere Aufwertung von 95 v. H. Gold auf 111 v. H. Gold erfuhr. Von den Hauptgruppen stiegen Lebensmittel (im Großhandel) von dem 818 826 fachen auf das 995 826 fache oder um 21,6 v. H.; Industriestoffe von dem 2 046 345fachen auf das 3 002 466 fache oder um 46,7 v. H.; ferner die Einfuhrwaren von dem 1 575 299 fachen auf das 1 840 433 fache oder um 16,8 v. H. und die Inlandswaren von dem 1 180 857 fachen auf das 1 666 045 fache oder um 41,1 v. H.

Ueber den Zuckerpreis

sind von Berlin aus unzutreffende Angaben verbreitet worden, die nunmehr ihre Richtigstellung finden. Danach hat die Zuckerkontrollstelle, die durch Ministerialerlaß für Berlin und Brandenburg geschaffen worden ist, um die Zuckerpreise durch gemeinschaftliche Beratungen zwischen Produzenten, Groß- und Einzelhandel und Verbraucherschaft wöchentlich festzustellen, am Montag dieser Woche den Beschluß gefaßt, den Zuckerpreis ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten ganz erheblich weiter zu erhöhen, da die Zuckerfabriken in Aussicht stellen, die Betriebe schließen und die Arbeiter entlassen zu müssen, wenn neue Preisfestsetzungen nicht die Möglichkeit der Betriebsfortführung sicherten. Infolgedessen wurde der Preis für den Doppelzentner Zucker ab Fabrik für den Großhandel auf 56 880 000 Mark und für den Kleinhandel unter Bewilligung eines Zuschlags von 22 Prozent auf 414 000 Mark je Pfund festgesetzt. In der kommenden Woche wird eine neue Preisfestsetzung durch die Zuckerkontrollstelle erfolgen.

Der obige Preis ist heute schon wieder überholt.

Wie ungeheuer übrigens die Lebensmittel durch die Frachten verteuert werden, mag daraus ersichtlich sein, daß 100 Zentner Zucker ab Zuckerfabrik Gutschdorf nach Sorau 70 Millionen Mark Fracht kosten.

Fortgesetzter Raub.

Gelsenkirchen, 31. August. Während der heute von zwei städtischen Beamten vorgenommenen Lohnauszahlung wurde die Kasse mit 5 Milliarden Mark von Angehörigen der Besatzungstruppen fortgenommen. Die mit der Auszahlung beauftragten Beamten wurden verhaftet. Die Stadtverwaltung hat gegen die Verhaftung und Fortnahme des Geldes Protest erhoben.

Köln, 31. August. Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung" aus Trier umstellten heute die Franzosen das Rathaus und besetzten das Arbeitsnachweisamt, wo sie fünfzehn Milliarden Arbeitslosengelder raubten.

Offenburg, 31. August. Französische Kriminalbeamte haben gestern die hiesige Reichsbanknebenstelle besetzt. Zwei leitende Persönlichkeiten wurden verhaftet. Besuchern der Reichsbank wurden Geldscheine der Reichseisenbahn mit der Begründung abgenommen, daß sie von der Rheinlandkommission des besetzten Gebietes verboten seien. Oberbürgermeister Fuller, der die vom Kriegsgericht Landau über ihn verhängte Strafe verbüßt hat, wurde ausgewiesen und befindet sich im unbesetzten Gebiet.

Neue Strafe für Essen.

Essen, 31. August. Dem Besatzungsamt der Stadt Essen ist ein Schreiben der französischen Besetzungsbehörde zugegangen, wonach die Stadt Essen mit einer Geldstrafe von 8000 Franks wegen angeblicher Störung der unterirdischen Zuleitung des Rheinlandkabels belegt wird. An keiner Stelle ist hier bekannt, daß im Essener Bezirk das Rheinlandkabel irgendwie gestört sein soll. Die deutschen Behörden erfahren zum ersten Mal durch die Verhängung der Strafe von diesem Vorkommnis. — Wegen einer Sprengung in Essen-West ist der Stadt eine „Rechnung" über 37 950 Franks von den Besetzungsbehörden zugestellt worden. Es ist dies eine ganz neue Form, da nach dem Schreiben diese Summe nicht als Strafe anzusehen ist, sondern als Schadenersatz. In einer Beilage werden genau die Kosten nach Arbeitsstunden usw. festgestellt. Falls nicht bezahlt wird, werden die Beigeordneten Küttner, Klofs und Hahn für die Summe haftbar gemacht.

Wieder ein Mord.

Dortmund, 31. August. In Dortmund wurde in der vergangenen Nacht ein Unbekannter von den Franzosen erschossen, weil er, nach Aussage französischer Soldaten, Kohlen hat stehlen wollen, und auf zweimaligen Anruf nicht stehen geblieben ist.

Französischer Betrieb.

Münster, 31. August. Auf der von den Franzosen besetzten Zeche „Viktor", Schacht 1 bis 4 bei Dortmund haben am 30. August die Wasserpumpen versagt. Das Wasser stieg bereits bis zur 3. Sohle. Mit dem Ersaufen der Zeche muß gerechnet werden.

Verurteilungen und Verhaftungen.

Wiesbaden, 31. August. Das französische Kriegsgericht verurteilte einen Eisenbahnobersekretär in Frankfurt a. M. zu zwei Jahren, einen Studenten in Frankfurt a. M. zu einem Jahre, einen Studenten in Mainz zu sechs Monaten Gefängnis, außerdem alle drei Angeklagten zu 5 Millionen Mark Geldstrafe, weil sie zur Bezahlung von Eisenbahnern Gelder in der Höhe 26½ Milliarden Mark ins besetzte Gebiet bringen wollten.

Paris, 31. August. Wie „Havas" aus Düsseldorf meldet, sind auf Anordnung der Rheinlandkommission in Speyer (Pfalz) drei Personen verhaftet worden, weil fünf Staatsarbeiter, b[illegible] im Artilleriewerk Weinsenau (?) im französischen Dienst standen, von den deutschen Behörden auf dem rechtsrheinischen Ufer verhaftet worden sind.

Die Entscheidung im Falle Großmann.

Berlin, 31. August. In dem Prozeß der Reichsbank gegen den von ihr entlassenen Betriebsratsvorsitzenden Großmann hat das Landgericht III nach eingehender Beweisaufnahme und Verhandlung die Entscheidung gefällt. Sie geht dahin, daß die Reichsbank mit ihrer Feststellungsklage abgewiesen wird. Die Gründe des Landgerichts sind im wesentlichen folgende:

Es spricht grundsätzlich aus, daß Großmann sich in zwei Fällen erhebliche Verfehlungen gegen seine Pflichten als Angestellter und Betriebsratsvorsitzender habe zuschulden kommen lassen. Er hätte weder in der Druckerei der Reichsbank den Plakatdruck, den das Reichsbankdirektorium in Auftrag gegeben hatte, verbieten, noch hätte er dem Präsidenten Havenstein die Aufforderung der Organisation zum Rücktritt überbringen dürfen. Wenn hierauch auch der Standpunkt der Reichsbank objektiv gerechtfertigt sei, so müsse gleichwohl die Klage der Reichsbank abgewiesen werden, denn es seien sehr erregte Zeiten gewesen und der Betriebsratsvorsitzende Großmann habe deshalb der Ansicht sein können, daß sein Vorgehen den Betrieb der Reichsbank vor Erschütterungen bewahren würde und deshalb objektiv gerechtfertigt sei. Allerdings sei das Gericht wegen des Vorfalles bei dem Präsidenten Havenstein nur nach erheblichem Zaudern zu seinem Urteil gekommen.

Tagung des Völkerbundsrats.

Genf, 31. August. Die Tagung des Völkerbundsrats wurde am Vormittag unter dem Vorsitz des japanischen Mitgliedes Ishii eröffnet. Der Rat setzt sich zusammen aus Ishii, (Japan), Lord Robert Cecil (England), Hanotaux (Frankreich), Salandra (Italien), dieser wird vorläufig durch Medici vertreten), Branting (Schweden), Quednones de Leon (Spanien), Ocani (Uruguay), Rio France (Brasilien), Tang Tsai Fu (China). Auf der Tagesordnung stehen eine Reihe von Minderheitsfragen, vornehmlich der baltischen Staaten. Vorschläge der britischen und polnischen Regierung zu Minderheitsfragen, Verfahren bei Minderheitspetitionen, vorbereitende Maßnahmen für die künftigen Volksabstimmungen im Saargebiet, Demission des kanadischen Mitgliedes der Regierungs-Kommission Ward, Bestätigung der Ersatzmitglieder der Regierungskommission des Saargebiets, eine Reihe polnischer und Danziger Streitfragen, Abberufungsfragen usw. Wie bei den früheren Tagungen, ist auch diesmal eine Abordnung des Landesrates des Saargebiets in Genf eingetroffen. Sie besteht aus Lavacher Martin (Ztr.), Dr. v. Fasaelius (lib. Vp.) und Pfänder (Soz.), Mitglied des Landesrates M. Roechling (lib. Vp.). Die Aufmerksamkeit soll vor allem auf die Notlage der Staatspensionäre und Kriegsbeschädigten im Saargebiet gelenkt werden. Für die Danziger Regierung erschienen wiederum der Präsident des Senats Dr. Sahm, sowie Senator Volkmann und Regierungsrat Dr. Ferber. Auf Grund des früheren Ratsbeschlusses haben Danzig und Polen bereits direkte Verhandlungen begonnen. die einen günstigen Verlauf nahmen. Die Tagung des Völkerbundsrats wird während der Dauer der Völkerbundsversammlung fortgesetzt werden. Die Völkerbundsversammlung tritt am 3. September zusammen. Man glaubt, daß sie etwa vier Wochen dauern wird.

Genf, 31. August. In seiner Abendsitzung beschäftigte sich der Völkerbundsrat vornehmlich mit geschäftlichen Angelegenheiten.

Genf, 31. August. Die Verkehrskommission des Völkerbundes schloß heute unter Teilnahme von Vertretern der katholischen Kirche des ökumenischen Patriarchats und des Erzbischofs von Canterbury ihre Arbeiten über eine einheitliche Kalenderreform ab. Die Kommission stellte fest, daß der Reform keine unüberwindlichen religiösen Hindernisse entgegenstehen, daß die einheitliche Festlegung des Osterfestes aber eine vorherige Verständigung unter den kirchlichen Behörden erfordere und daß die Reform überhaupt nur unter starker Beteiligung der öffentlichen Meinung möglich sei. Ein besonderes Komitee, dem die genannten kirchlichen Vertreter, der Präsident des internationalen astronomischen Büros und der Präsident der internationalen Handelskammer angehören, soll die Grundlage für die Kalenderreform untersuchen.

Ein Franzose gegen die Ruhrbesetzung.

Paris, 31. August. Wie der „Populaire" meldet, hat der Präsident des Generalrats des Departements Var, der Sozialist Fourment, bei der Eröffnung des Generalrats eine Rede gehalten, in der er u. a. erklärte: „Es ist nicht zweifelhaft, daß augenblicklich die öffentliche Meinung der Welt unsere Haltung nicht billigt. Mit Ausnahme einiger auswärtiger Politiker, deren Erklärungen unsere offiziöse Presse mit Vorliebe wiedergibt, erheben sich fast in allen Ländern der Welt die Führer und Blätter fast aller Parteien gegen unsere Ansprüche. Es handelt sich dabei um die Reparationsfrage. Ueber den Grundsatz der Verpflichtungen, die Deutschland auferlegt sind, kann kein Streit sein. Der Grundsatz ist gerecht und steht im Friedensvertrag. Aber dieser erkennt an, daß Deutschland nur soweit Reparationen zu leisten hat, als es dazu imstande sein wird, und daß seine Verpflichtungen in seiner Zahlungsfähigkeit seine Grenze hat." Deshalb wendet sich Fourment gegen die Ruhrbesetzung. Ohne von den Kosten sprechen zu wollen, die sich Frankreich auferlegt habe, infolge deren mehrere hundert Millionen ins Budget eingestellt werden mußten, habe Frankreich seit der Ruhrbesetzung nur ein Viertel der Kohlen erhalten, die Deutschland in der gleichen Zeit des Vorjahres geliefert habe. Der Wert des Franken sei gefallen und das Leben teurer geworden. Außerdem bestehe die Gefahr, daß Deutschland, welches schon krank sei, auseinanderfalle. Wie wolle man da noch hoffen, von Deutschland Reparationen zu erhalten? Treffe nicht dadurch Frankreich sich selber? Fourment sprach sich dann dafür aus, daß die Sache vor den Völkerbund oder vor das Haager Schiedsgericht gebracht werde. Wie oft habe man Deutschland vor dem Krieg den Vorwurf gemacht, daß es ein internationales Schiedsgericht ablehne. Wolle man jetzt Frankreich der Kritik aussetzen, die man an dem deutschen Kaiserreich geübt hat?

Deutsches Volksopfer.

Die Erhebung der Rhein- und Ruhrabgabe hat vielfach die Auffassung hervorgerufen, daß die Angaben, die das Deutsche Volksopfer (Rhein und Ruhr) bisher erfüllt hat, nunmehr aus den Erträgnissen der neuen Steuern finanziert würden. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die Sammlungsgelder des Deutschen Volksopfers nicht zur Deckung staatlicher Ausgaben für das besetzte Gebiet wie Kreditgewährung und Sicherung der Lebenshaltung, bestimmt sind. Alle Ausgaben dieser Art sind auch vor dem Erlaß der neuen Steuergesetze aus Reichsmitteln bestritten worden. Das Deutsche Volksopfer dient rein karitativen Zwecken. Würden die Spenden zum Deutschen Volksopfer aufhören, so würde das ganze große Gebiet der Wohlfahrtspflege, das nach den Berichten des besetzten Gebietes überhaupt im wesentlichen der Tätigkeit des Deutschen Volksopfers sein Fortbestehen verdankt, schwer leiden, vielleicht überhaupt zum Erliegen kommen. Das Deutsche Volksopfer bedarf daher zur Fortführung der Wohlfahrtsausgaben unbedingt weiterer erheblicher Geldmittel. Die notleidenden Kinder, die Gefangenen, die Ausgewiesenen haben ein Recht auf Opfer zu fordern. Die wirtschaftliche Not, die auch im unbesetzten Gebiet viele betroffen hat, ist immer noch gering gegenüber den Leiden, welche die Bevölkerung im besetzten Gebiet zu erdulden hat. Helfe daher jeder auch weiterhin nach Kräften.

Erneuerten

Sie schon Ihr Abonnement auf das Sorauer Tageblatt? Wenn nicht, holen Sie es sofort nach!

Nur durch rechtzeitige Bestellung bei Ihrem Postamt oder Briefträger vermeiden Sie unangenehme Unterbrechungen.

Deutschland.

— Der Geheime Regierungsrat im preußischen Ministerium des Innern, Arnold Kalle, ist zum Ministerialdirektor und Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt worden.

— Nach Mitteilung der Reichsbank bestimmt der für die Durchführung der Devisenordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars am 31. August 1923 10 300 000 Mark.

— Der Börsenverein deutscher Buchhändler hat infolge der weiteren Verteuerung der Produktionskosten seine Schlußzelzahl mit Wirkung vom 1. September ab auf 1 600 000 festgesetzt.

— Die gestrigen Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium zur Abwendung der Gefahr eines Streiks der Angestellten in der Berliner Metallindustrie haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Metallindustriellen ihr früheres Angebot von 17 Jubiläen für August auf 18 Gehälter erhöht haben. Es soll nochmals eine Urabstimmung am Montag über Annahme oder Ablehnung dieses erhöhten Angebots unter den Angestellten stattfinden.

Dresden, 31. August. Die äußerst ungünstige Arbeitsmarktlage der Vorwoche erfuhr in der letzten Woche in allen Teilen Sachsens und in allen Berufszweigen eine weitere erhebliche Verschlechterung. Die Zahl der Erwerbslosen ist in ständigem Steigen begriffen und hat sich in mehreren Orten fast verdoppelt. Ebenso hat sich die Zahl der Kurzarbeiter weiterhin bedeutend erhöht. In der vergangenen Woche wurden aus Sachsen bis zu hundert Betriebseinstellungen täglich beim Arbeitsministerium gemeldet.

Ausland.

London, 31. August. Von der englischen Regierung ist Rakowsky als Vertreter der Sowjetregierung in London zugelassen worden.

Einheimisches

Nachdruck unserer Original-Berichte ist nur — mit genauer Quellenangabe gestattet. —

Sorau, den 1. September 1923.

Sollen die Kleinkinderbewahranstalten in Sorau weiter bestehen bleiben oder nicht?

Mit dieser ungemein wichtigen Frage beschäftigte sich eine vom Vorstand der Schulen zu gestern abend 6 Uhr nach dem Schulgebäude Schäfergasse einberufene Elternversammlung, der auch Bürgermeister Großmann und Stadtrat Dietrich beiwohnten. Namens des Vorstandes führte Fabrikbesitzer Thurm d. Aelt. den zahlreichen Anwesenden die Schwierigkeiten des Weiterbestehens der seit 84 Jahren so segensreich wirkenden Anstalten vor Augen. Es gehe heute um das Bestehen der Schulen, die, wie alle Wohlfahrtsanstalten, in der jetzigen Zeit schwer zu kämpfen haben und die nur, weil auf sich selbst angewiesen, durch höhere Beitragsleistung seitens der Eltern der Pflegebefohlenen aufrecht erhalten werden können. Es müsse vor allem darauf hin gewirkt werden, daß die anstrengende Arbeit der Lehrerinnen durch bessere Bezahlung gewürdigt werde. Der Vorschlag des Herrn Thurm, daß der Weiterbestand der Schulen durch Zahlung eines halben Weberinnenstundenlohnes, der jetzt etwa 150 000 Mark